

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 3. November 1880.

Nr. 516.

## Landtags-Verhandlungen.

### Abgeordnetenhaus.

#### 3. Sitzung vom 2. November.

Präsident v. Röllert eröffnet die Sitzung um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr mit mehreren geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertisch: Bitter, Maybach, Lucius, v. Bötticher.

#### Tagesordnung:

I. Entgegennahme von Regierungs-Vorlagen.

Finanz-Minister Bitter: Ich habe die Ehre, dem hohen Hause den Finanzetat für das Finanzjahr 1881—82 zu überreichen. Als im vorigen Jahre der Etat für das laufende Etatsjahr vorgelegt wurde, befand sich das Land an dem Ausgange einer schweren Krise, welche auf alle Zweige des öffentlichen Verkehrs nachtheilig gewirkt hatte und welche auch in die Verhältnisse der Finanzen tief eingegriffen mußte. Ich konnte damals konstatiren, daß ein gewisser Stillstand eingetreten, und ich bin heute in der Lage, konstatiren zu können, daß inzwischen eine sehr erfreuliche Wendung zum Besseren sich gezeigt hat, und ich folgere, daß die kommenden Zeiten den Beweis liefern werden, daß ich mich in dieser Annahme nicht getäuscht habe. Was zunächst das abgelaufene Finanzjahr 1879—80 anlangt, so ist auch bei diesem eine erfreuliche Besserung zu konstatiren. Im vorigen Jahre glaubte ich darauf hinweisen zu müssen, daß die ersten sechs Monate sehr erhebliche Mindereinnahmen aufzuweisen hätten. Im weiteren Verlaufe der Verwaltung haben sich diese so weit ausgeglichen, daß ich hoffen konnte, das Finanzjahr werde fast mit einer Mindereinnahme noch mit einem Mehrertrage abschließen. Es wäre das bei der Fall gewesen, wenn nicht Ausgaben über den Etat eingetreten wären, die ich nicht voraussehen konnte. Ich darf in dieser Beziehung dem Hause mittheilen, daß an Mehreinnahmen eingestellt sind bei den direkten Steuern 568,046 M., bei der Bergwerksverwaltung 6,378,146 M., bei der Eisenbahnverwaltung 6,605,147 M., darunter 4,818,328 M., welche den verstaatlichten Privatbahnen angehören, deren Erträge aber nur bis zum 1. Januar haben festgestellt werden können. Diesen Mehreinnahmen stehen aber sehr bedeutende Mindereinnahmen bei einigen Verwaltungszweigen gegenüber, so daß sich ein Defizit von fünf Millionen Mark herausstellt, dessen Deckung Ihnen durch eine Anleihe vorgeschlagen werden wird. — Wenn ich jetzt zu dem vorliegenden Etatsentwurf für das Finanzjahr 1881—82 übergehe, so bemerke ich zuvörderst, daß derselbe in Einnahme und Ausgabe auf 912,341,284 M. abschließt; demselben tritt ferner noch an einmaligen Ausgaben der Betrag von 39,557,750 M. hinzu. Es ist angenommen, daß zur Deckung des Extraordinariums eine Anleihe von 30 Millionen Mark aufzunehmen sein wird. Zu den Einnahmepositionen ist zu bemerken, daß bei der Forstverwaltung eine Mindereinnahme von 4 Millionen in den Etat hat eingestellt werden müssen; bei der Finanzverwaltung sind 10 Millionen weniger in Rechnung gestellt, was darin seinen Grund hat, daß die Regierung es für zulässig und nützlich hält, einen dreimonatlichen Erlaß an der Klassensteuer zu gewähren, der sich auf 14 Millionen beläuft. Hätte dieser Erlaß nicht stattgefunden, so würde die Finanzverwaltung mit einem Ueberschuß von mehr als 3 Millionen abgeschlossen haben. Bei den Stempelabgaben haben sich die Einnahmen um 1,600,000 M. vermindert; an Mehreinnahmen sind gegen das Vorjahr bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung über 6 Millionen; bei der Eisenbahnverwaltung betragen die Einnahmen insgesamt 356,542,000 M., gegen das Vorjahr mehr 139 Millionen; aus den Zöllen und Steuern sind gegen das Vorjahr mehr 9,648,420 M. in den Etat eingestellt. Diese Mehreinnahme hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Regierung sich entschlossen hat, den Erlaß an der Klassensteuer in Aussicht zu stellen. Was die Mehrausgaben anlangt, so ist eine nicht unerhebliche Erhöhung der Verwaltungsausgaben zu verzeichnen, namentlich bei der Forstverwaltung, im Finanzministerium und in der Eisenbahnverwaltung. Das Fazit der Etatsaufstellung ist folgendes: Einnahme 881<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen, Ausgabe 872<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen, so daß neben dem Steuererlaß von 14 Millionen ein Ueberschuß von 9 Millionen verbleibt, welcher zur Deckung

des Extra-Ordinariums (39<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Mark) mit verwendet werden soll. Würde das Gesetz über die Eisenbahngarantien bereits existiren, so könnte nach Ansicht der Regierung der Ueberschuß bereits für den Eisenbahn-Reserve- und Amortisations-Fond verwendet werden. Allerdings hätten die 14 Millionen, die für den Steuererlaß in Aussicht genommen worden sind, auch anderweit zur Verwendung gebracht werden können, namentlich zur Herabminderung des Extraordinariums; es hätte durch diese 14 Millionen und durch den Ueberschuß von 9 Millionen das Extraordinarium bis auf 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen reduziert werden können; aber man ist bei der alten Praxis geblieben, daß Mehreinnahmen nicht für das nächste Finanzjahr übertragen werden sollen, schon um der nöthigen Klarheit willen. Ausschlaggebend ist aber gewesen, daß bei der Veranlagung des Verwendungsgesetzes von keiner Seite vorausgesetzt worden ist, daß der Steuererlaß erst eintreten solle, wenn durch die laufenden Einnahmen nicht bloß die laufenden Ausgaben, sondern zugleich auch die außerordentlichen Ausgaben gedeckt worden sind. Es würden dann vielleicht mindestens 2, 3 oder 4 Jahre vergehen, ehe wir in der Lage sein würden, alle Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken. Die Regierung kann dies nicht für erwünscht halten, umsoweniger, als in dem vorliegenden Etat bereits 9 Millionen Mehreinnahmen aus dem Reiche in den Etat eingestellt worden sind, als im vorigen Jahre. Auch wird man nicht gut thun, die Ausgaben im Extraordinarium, welche der Zukunft zu Gute kommen, den laufenden Einnahmen zu entnehmen und den ärmeren Klassen die Wohlthaten des Steuererlasses zu entziehen. Die Regierung glaubt daher, daß die Umstände dazu angethan sind, schon jetzt mit der Ausführung des Verwendungsgesetzes vorzugehen und den Anforderungen des Volkes nach dieser Richtung hin Rechnung zu tragen. Die Regierung ist der Ansicht gewesen, daß ein geringerer als dreimonatlicher Steuererlaß nicht würde in Aussicht genommen werden können und daß ein praktischer Anfang gemacht werden müsse. Die Regierung rechnet mit Zustimmung darauf, daß das Haus dieser Position des Etats, das heißt dem Steuererlaß, seine Zustimmung erteilen wird. Es handelt sich da bei um den ersten Schritt auf der Bahn nach vorwärts; ich kann versichern, daß die Finanzverwaltung auch künftig der größten Sparsamkeit sich befleißigen und es ermöglichen wird, daß auch im kommenden Jahre ein Steuererlaß in den Etat eingestellt werden kann. Was das Extraordinarium betrifft, so dürften die darin aufgenommenen Positionen sich selbst rechtfertigen. Ich möchte nur bemerken, daß die in der Presse vertretene Meinung, als handele es sich in demselben um eine Verbedingung der Mehrausgaben im Ordinarium, thatsächlich unbegründet ist. Ein Vergleich der Ausgaben des laufenden Etats mit dem Unhaltbare dieser Behauptung erweisen. Ich bemerke ferner, daß in dem Extraordinarium das Handelsministerium 25 Millionen zur Regelung von Wasserstraßen, das Justizministerium 2,500,000 Mark, das Ministerium des Innern 1 Million Mark in Anspruch nehmen. Die aus dem Vorjahre übernommenen Summen belaufen sich auf 26,530,000 Mark; als neu eingestellt sind nur 13 Millionen zu verzeichnen. Ich rechne aber meinerseits darauf, daß nach Vollendung der bereits eingeleiteten Neubauten eine wesentliche Herabminderung des Extraordinariums eintreten können. Ich wenigstens kann zur den Wunsch haben, daß das Extraordinarium ganz aus unserem Etat verschwinde. (Gelächter links.) Ein verdecktes Defizit, wie es als im Etat vorhanden vielfach bezeichnet worden ist, ist darin nicht vorhanden. Ich habe das Verhältniß klar und offen dargelegt, und glaube nicht, daß ein Zweifel an der Richtigkeit der Ansätze werde hervorgehoben werden können. — Schwieriger gestaltet sich die Frage der Steuerreform. Es handelt sich bei derselben um eine gesetzgeberische Thätigkeit von ganz ungeheuren Dimensionen, die in alle Verhältnisse eingreift. Die Steuerreform zerfällt in zwei Hauptabtheilungen. Die eine dieser Abtheilungen behandelt die Reform der direkten Steuern in Preußen, der Klassen-, Einkommen- und Gewerbesteuer, die andere behandelt die Veranlagung der Ueberschüsse aus den Reichsteuern. Was die Reform in Preußen betrifft, so sind die Vorarbeiten festgestellt; bei der Wichtigkeit der Reform ist es mir indes nicht möglich gewesen, die bezüglichlichen Re-

formgesetze jetzt schon vorzulegen, doch wird die Vorlegung alsbald erfolgen. Anders steht es mit demjenigen Theile, welcher sich auf die Ueberschüsse bezieht, die aus den Reichsteuern auf Preußen entfallen. Die gegenwärtigen Ueberschüsse aus den Reichsteuern reichen nicht aus, um eine wirkliche Reform anzustreben, besonders wenn man den Kommunen gründlich helfen will. Es liegt auf der Hand, daß diese ganze Frage eine lediglich theoretische, eine vollkommen müßige sein würde, wenn der Regierung nicht die Mittel gegeben werden, die Steuerreform durchzuführen. Die Regierung will nicht die Durchführung der Reform aus eigenen Mehreinnahmen anstreben; die Mittel dazu müssen aus dem Reiche genommen werden. Ehe man sich entschließt, weitere Steuerquellen für die Einzelstaaten zu eröffnen, wird man zunächst sich die Ueberzeugung verschaffen müssen, daß sie gerechtfertigt sind, und auch verlangen, daß die Steuererträge zur Steuerreform, zur Steuerentlastung in den Einzelstaaten ihre Verwendung finden. In diesem Sinne habe ich zunächst, um eine gemeinschaftliche Basis für die Einzelstaaten zu finden, mich mit den Finanzministern der übrigen Staaten dahin verständigt, daß die Ueberschüsse aus den Reichsteuern, welche den Einzelstaaten zu Gute kommen, überall zur Entlastung der direkten Steuern unvorzuzug verwendet werden sollen. Ein zweiter Schritt ist der, daß wir uns schon jetzt ganz klar darüber werden müssen, was durch die Steuerreform erreicht werden soll. Die Ziele müssen so bestimmt hingestellt werden, daß Jeder sich selbst die Verwendung der Ueberschüsse berechnen kann. Die Gesetzesvorlage über die Verwendung der Erträge wird in circa vierzehn Tagen dem Hause vorgelegt. Es sollen ein Drittel auf Personaleinkommen und zwei Drittel auf Kommunalsteuern verwendet werden. Die untersten vier Klassensteuerrufen sollen entlastet, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuern soll den Kreisverbänden überwiesen werden. Es sind nöthigend weitere 16 Millionen für die unteren vier Klassensteuerrufen, dazu 48<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Mark an Grund- und Gebäudesteuer und es würden 64<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen nöthig sein, um allen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können. Die Abschaffung der Klassensteuer in den untersten vier Klassensteuerrufen ist nicht für rathsam gehalten; das Drückende liegt in dem Zuschlag für Kommunalabgaben, volkswirtschaftlich ist der Steuererlaß sehr wünschenswerth. Bedenkt man diese Bedürfnisse werden durch die alten Steuererträge, durch die Brau-, Wehr- oder Bierssteuer. Ferner ist eine Erhöhung der Brauwassersteuer in Aussicht genommen, die Vorarbeiten sind bereits im Gange (Beifall). Auch eine Erhöhung der Tabaksteuer soll in Antrag gebracht werden. (Abg. Richter ruft: Das ist doch zu toll! Auf rechts: Tabakmonopol!) Ich meinerseits scheue mich nicht, es auszusprechen, daß der Tabak ein sehr steuerfähiges Objekt ist. Es würde nöthig sein, 105—110 Millionen Mark aufzubringen. Mit diesem Betrage glaubt die Regierung ihre Schuldigkeit thun zu können und dem Vaterlande Dienste zu leisten. Ich habe dem hohen Hause außer dem Etat selbst den Entwurf des Gesetzes über die Deckung von 5 Millionen Defizit des Vorjahres und die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1879—80 vorzulegen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung: Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die erhöhte Endkonzentration der Reichsfeldbahnen.

Abg. Berger (Mitte) wendet sich gegen das System der unentgeltlichen Hergabe des Grund und Bodens von Seiten der Kreise, da es sich jetzt erst darum handelt, die latenten Erwerbskräfte durch den Bau der Bahn zu entwickeln. Er plaidirt dagegen für die Erhebung einer Abgabe auf das anfallende und abgehende Gut.

Abg. Dr. Behr sagt der Staatsregierung seinen Dank für die Vorlage, welche er als eine Substanz bezeichnet. Er bekämpft das Bestehen eines Nothstandes in Westpreußen, wenigstens unter den besitzenden Klassen. Im Uebrigen schließt er sich den Ausführungen des Abg. Berger an.

Staatsminister Maybach: Die durch Elemente herbeigeführten Umstände haben die Regierung bewogen, von dem im Vorjahre versprochenen Prinzip abzugehen und diese Unterstützung zu gewähren, umso mehr, als die Verhandlungen mit den Interessenten nicht schnell genug ein Resultat ergaben. Die Regierung will aber sofort mit den

Arbeiten beginnen. Schnelle Gabe ist doppelte Gabe. Dem Abg. Berger erwidert Redner, daß die Regierung auch zur Moselbahn 8000 Mark pro Kilometer als Beihilfe zum Grunderwerb bewilligt habe. Ueberhaupt richtet sich die Regierung darin stets nach den vorgefundenen Verhältnissen. Die Abgabe auf die Güterbewegung kann er nicht für praktisch halten.

Abg. Steinbusch wünscht ähnliche Vergünstigungen, wie sie in diesem Gesetze den Reichsfeldbahnen gewährt werden, für die Moselbahn.

Abg. Hammer wünscht die Ueberweisung der Vorlage an die Budget-Kommission, da bisher niemals eine solche Finanzvorlage sogleich in zwei aufeinanderfolgenden Beratungen erledigt sei. Er bekämpft die Möglichkeit, die Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen. Er befürchtet eine Sündfluth von derartigen Anträgen aus allen Provinzen, auch kann er nicht davon abgehen, die Kreise zu Beiträgen heranzuziehen, um nicht allzu leicht Wünsche nach dem Bau von Nebenbahnen groß zu ziehen. Sollte die diesmal beantragte Summe nicht genügen, so sollten die Kreise wenigstens das Plus aufbringen.

Abg. Bachem. Es soll kein Prinzip aufgestellt, sondern jeder einzelne Fall geprüft werden. Er wundert sich aber, daß die Staatsregierung nicht auf die Worte des Abg. Steinbusch reagirt hat. Bei der Moselbahn treffen alle Vorbedingungen zu. Alle Bahnen des Ostens seien mit dem Gelde des Westens gebaut worden, wie überhaupt der westliche Theil der Monarchie der aufstrebenden und der östliche Theil der nehmenden sei. So wäre zum Beispiel die zum Dombau in Köln von Staatswegen aufgeführte Summe eine Bagatelle und die Verwaltung des Thiergartens hätte dasselbe gekostet.

Abg. Richter. Es ist ein abschüssiger Weg, wenn in diesem Hause Gegenstände zwischen Osten und Westen betont werden, noch dazu unter Benutzung falscher Prämissen. Redner erklärt sich schließlich auch für Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg. Fransen's Ausführungen bleiben unverändert.

Abg. v. Minnigerode. Wir erkennen das Vorliegen ungewöhnlicher Verhältnisse an, doch ist das Prästiren der Ziffern wichtig genug, die Sache an die Kommission zu verweisen.

Minister Maybach erklärt noch einmal, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um sofort mit den Arbeiten beginnen zu können. Er empfiehlt eventuell der Kommission Beschleunigung der Arbeiten.

Nach persönlichen Bemerkungen wird der Antrag des Abg. Hammer auf Ueberweisung an die Budgetkommission angenommen.

Die Wahlen in den Abtheilungen sollen erst morgen vorgenommen werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: 1) Interpellation Münzer, 2) erste Beratung des Zuständigkeitsgesetzes, 3) erste Beratung der Novelle zur Kreisordnung, 4) erste Beratung der Novelle zur Provinzialordnung.

Schluß 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 3. November. Dem blinden Lärm über ein angeblich neues Entlassungsgesuch des Reichskanzlers wird jetzt durch folgende Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Ende gemacht:

„Die aus Wiener Blättern in die hiesige Presse übergegangene Nachricht, daß der Reichskanzler seine Entlassung gefordert habe oder zu fordern gedenke, entbehrt jeglicher Begründung.“

— Es bestätigt sich vollkommen, daß die Reichsregierung damit umgeht, dem Bundesrath und Reichstag ein Gesetz über die Trunksucht vorzulegen. Ueber Inhalt und Umfang des Gesetzes kann um so weniger etwas bekannt sein, als die Arbeiten sich augenblicklich zunächst nur auf Erhebungen über einschlägige Verhältnisse in den verschiedenen Bundesstaaten beziehen, womit man übrigens seit längerer Zeit nach verschiedenen Richtungen hin angelegentlich beschäftigt ist.

— Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt offiziös:

„Die von angeblich offiziöser Seite gemeldete Nachricht, daß Fürst Bismarck die Absicht aufgege-



ben habe, zunächst einen Volkswirtschaftsrath nur für Preußen zu berufen, ist eine irrthümliche. Der Volkswirtschaftsrath soll allerdings ein deutscher werden, aber vor der Hand ein preussischer sein. Um für das Reich die analoge Einrichtung herzustellen, bedarf es der Verständigung der Regierungen untereinander und der Mitwirkung des Bundesrathes. Durch einfache kaiserliche Initiative läßt sich ein Wirtschaftsrath immer nur in so weit herstellen, daß ihm auf die kaiserlichen Entschlüsse, nicht aber, daß ihm auf die des Bundesraths eine beratende Einwirkung zugetheilt wird. In Preußen dagegen ist der König als selbstständiger Faktor der Gesetzgebung berechtigt, jeden Rathgeber nach eigener Auswahl zu hören, bevor eine königliche Entschlüsse über einen dem Landtage zu unterbreitenden Entwurf erfolgt. Für Preußen läßt sich daher die beabsichtigte Einrichtung, sobald das Staatsministerium über dieselbe einig ist, durch königliche Verordnung so zeitig ins Leben rufen, daß die preussischen Vorlagen für den Bundesrath, die für den nächsten Reichstag bestimmt sind, von dem neu zu errichtenden Wirtschaftsrath noch rechtzeitig begutachtet werden können.

#### Ausland.

Wien, 2. November. Das neue serbische Ministerium erwirkte vom Fürsten eine General-Amnestie und wird auch Serbiens Verfassung reformiren.

Vertrauliche Athener Berichte versichern: Je mehr die konservativen Mächte zum Frieden mahnen, desto energischer drängt jetzt England in Athen zum Kriege.

Von einer Abreise des montenegrinischen Fürsten nach Italien ist hier nichts bekannt.

Ueber die Londoner Meldung betreffs eines Zusammenstoßes, welchen Alija Pascha mit aufständischen Albanesen angeblich hatte, erfahre ich: Vor Wochenfrist wollte Alija Pascha mit 4000 Mann regulärer Truppen nach Dulcigno marschiren. Bei der Georgbrücke standen ungefähr 200 Albanesen, welche erklärten, die Passage nicht zuzulassen. Alija Pascha machte mit seinen 4000 Mann sofort vor 200 Albanesen kehrt. Der Zusammenstoß ist also erloschen. Die ganze Affaire ist eine der gewöhnlichen orientalischen Komödien. Das Wüthen der albanesischen Organe gegen Oesterreich wird hier als Beweis betrachtet, daß das britische Kabinett die erlittenen Schlägen unangenehm empfindet und seinen Aerger wegen der selbstverschuldeten Niederlagen gegen Oesterreich ausläßt.

Die „Pol. Rev.“ meldet: Derwisch Pascha sei gestern auf dem Kriegsdampfer „Stambul“ in Sangliwan bei Dimeua eingetroffen. Gleichzeitig ist ein Transportschiff mit Truppen angelangt. Derwisch Pascha will sich sofort nach Dulcigno begeben. Der montenegrinische Befehlshaber Bozo Petrowitsch ist vorgestern in Antivari angekommen und hat dort eine schriftliche Verständigung Alija Paschas vorgenommen, laut welcher jede Vorrückung der Montenegroer türkischerseits gewaltsam zurückgewiesen wurde.

Komiral Seymour, von der vereinigten europäischen Flotte, hat heute auf dem Kriegsschiffe „Alexandra“ einen Kriegsrath einberufen.

(Berl. Tagebl.)

Peft, 31. Oktober. Sofort nach seiner Ankunft in Odessa ließ der Kaiser den Grafen Andrassy zu sich befehlen. Es scheint, daß Letzterer diese Gelegenheit benutzte, um dem Kaiser über die parlamentarische Lage Ungarns eingehend zu unterrichten. Allseitig wird berichtet, daß die Auszeichnung Tiszas mit dem höchsten Orden der Monarchie und besonders das politisch bedeutungsvolle königliche Handschreiben das Werk des Grafen Andrassy sei. Gewisse Wiener Hofkreise, wo Tisza nicht beliebt ist, hatten schon längst mit der gemäßigten Opposition in Ungarn Fühlung gewonnen. Die Opposition erhielt von dieser Seite formwährende die bestimmtesten Versicherungen, daß die Krone entschlossen sei, Tisza fallen zu lassen, und zwar nach Bewilligung des Budgets; nur müsse die Opposition „von unten aus“ kräftig auf dem Sturze Tiszas mitwirken. Diese Taktik der gedachten Hofkreise war nicht ganz ohne Erfolg geblieben, denn die schwankenden Elemente aller Parteien des Kabinetts Tisza gegenüber eine zuwartende Stellung einnehmen, und wenn die täglich austauschenden Gerüchte — mit denen ich Sie versicherte, die aber in den Wiener Blättern stets Eingang fanden — auch in den hiesigen Kreisen für nicht unwahrscheinlich gehalten wurden. Das kaiserliche Handschreiben hat mit diesen Gerüchten gründlich ausgeräumt, indem der Kaiser in demselben die Erwartung kundgab, daß Tisza „auch in Zukunft dem Thron und dem Vaterlande mit derselben Opferwilligkeit dienen werde.“ Nach der Enttäuschung, welche die gemäßigten Opposition durch das Handschreiben erfahren hat, bleibt ihr wohl kein anderer Ausweg übrig, als sich der liberalen Partei anzuschließen, oder ruhig abzuwarten, daß sie infolge der Neuwahlen vom politischen Schauplatz verschwinde.

Paris, 1. November. Herr v. Radowicz, der Paris verläßt und wieder nach Athen geht, machte gestern Oresy seinen Abschiedsbesuch. Fürst Hohenlohe wird auf seinen Posten in Paris zurückkehren, sobald es seine Gesundheit erlaubt. Volkschaftsführer v. Bülow wird einstweilen die Geschäfte der deutschen Volkschaft versehen. Diesen Abend geben die Mitglieder der deutschen Volkschaft bei dem Restaurant Voisin Herrn von Radowicz ein Abschiedsmahl. Am nächsten Mittwoch oder Donnerstag geht Herr v. Radowicz nach Berlin und von dort nach Athen.

Der Erzbischof von Paris, Kardinal Guibert, billigt nach wie vor den Widerstand der Ordens-

gesellschaften und ist in dieser Hinsicht so weit gegangen, daß er für die Predigten am heutigen Sonntag nur Mitglieder der nicht ermächtigen Ordensgesellschaften, namentlich Dominikaner und Kapuziner, bestimmte! Die sieben Klerikale, welche man gestern Abend vor dem Kloster der Dominikaner in der Rue Jean de Beauvais verhaftete, wurden nach einem kurzen Verhör wieder in Freiheit gesetzt: es waren fünf Jesuitenzöglinge, ein Kaminfeger und ein Metzger. Die Polizei zeigte sich sehr gelinde, wie immer, wenn es sich um Klerikale handelt; denn sie kann sich noch nicht von den Ueberlieferungen des Kaiserreichs losmachen, die darin bestanden, alles, was liberal ist, ohne Varmherzigkeit niederzuhalten, aber die, welche zur Kirche halten, wie vornehme Gönner zu behandeln.

#### Provinztelles.

Stettin, 3. November. Entzieht sich ein Wehrpflichtiger durch Entfernung nach dem Auslande seiner Wehrpflicht, so beginnt nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts, 1. Strafsenats, vom 16. September d. J., die Verjährung dieses Vergehens erst mit dem Tage an zu laufen, an welchem der Wehrpflichtige sich zur Erfüllung der Wehrpflicht stellt. Bis dahin dauert die Zuwiderhandlung gegen die Wehrpflicht, und auch eine inzwischen gegen den Abwesenden vorgenommene richterliche Handlung, die zu keiner endgültigen Verurteilung geführt hat, bewirkt nicht, daß von dieser richterlichen Handlung an die Verjährung läuft.

Nachdem verschiedene Gewaltthatigkeiten, welche während der letzten Fisch-Saison von englischen gegen deutsche Fischer unweit der deutschen Nordsee-Küste verübt wurden, wie Ueberfischung oder Durchschneiden von Tauen und Beschädigung von Geräthen deutscher Boote, auf amtlichen Wege zur Kenntnis der großbritannischen Regierung gebracht worden waren, hat das englische Handelsamt eine in Folge diplomatischen Schriftwechsels zwischen den beiden Regierungen schon in früheren Jahren wiederholt erlassene Warnung für englische Fischer wegen Beobachtung der deutschen Fischereigrenzen neuerdings mit dem Zusatz in Erinnerung gebracht, daß die großbritannische Regierung in jeder Weise bemüht sein werde, die deutschen Behörden in der Unterdrückung und Strafverfolgung aller solcher Ausschreitungen zu unterstützen.

In Timmel wird am 8. d. M. und in Pösch am 22. d. M. mit einer Seestreuermanns-Prüfung begonnen werden.

Die Erhebung der Klassen- und Einkommensteuer. Von mehreren Seiten ist an uns die Frage gerichtet, ob der Magistrat berechtigt sei, die zur Erhebung gelangenden Staatssteuern, sowie die Kommunalzuschläge zu den Staatssteuern vom 1. Oktober ab nicht mehr in Monatsraten, sondern fortan in 3monatlichen Raten zu erheben. Wir erwidern darauf Folgendes: Nach dem Gesetz vom 25. Mai 1873, Artikel IV., ist der Finanzminister ermächtigt, die direkten Staatssteuern, soweit dieselben in monatlichen Raten zu entrichten sind, nach seinem Ermessen in dem auf den Monat der Fälligkeit folgenden nächsten oder zweiten Monate zugleich mit den für letztere fälligen Raten einzulehen zu lassen. Der kommunale Zuschlag zu den Staatssteuern richtet sich nach den Staatssteuern selbst.

Der Herr Finanzminister hat, soviel uns bekannt, von dieser Ermächtigung bisher einen Gebrauch nicht gemacht. Der Magistrat Stettins ist weder dazu ermächtigt, noch ist er berechtigt, das Staatsgesetz zu verändern. Die Verordnung des Magistrats ist daher unserer Ansicht nach unbedenklich.

In aller Stille ist — wie der „Berliner Börsen-Courier“ mittheilt — am Sonntag in Dresden die letzte Hölle der unglücklichen, jungen Schauspielerin Luise Lange, welche ihrem Leben durch einen Revolvererschuss in das Herz ein Ende gemacht hat, auf dem Eblauer Friedhofe beerdigt worden. Der Leichnam der bellagenden Künstlerin war von Stettin am Sonnabend Abend auf dem böhmischen Bahnhofe angekommen und sofort nach dem Eblauer Kirchhofe übergeführt worden. Nur wenige Freunde und Verehrerinnen, zu denen Fräulein Pauline Ulrich vom Dresdener Hoftheater zählte, wohnten dem traurigen Abschiede der Verstorbenen bei. Dem letzten Wunsch des unglücklichen Mädchens, das eine ungeliebte Liebe in den Tod getrieben hat, unmittelbar neben dem Grabe des von ihr schwärmerisch geliebten Lehrers und Freundes Dittmer beigesetzt zu werden, konnte man zufällig entsprechen, da die Nachbarschaft auf dem Kirchhofe noch nicht vergeben war. Nur ein schmaler Streif wird künftig ihre Grabhügel trennen. Herr Archibaldus Dr. Frommhold, mit den unglücklichen Verhältnissen vertraut, warthe seines Amtes als Diener der Kirche in würdiger Weise.

Der Matrose Karl Lobenstein aus Gressowald ließ in der vergangenen Nacht auf der Baumbrücke seine Stimme in so lauter Weise erklingen, daß der Revolverwächter hinzukam und ihn verhaftete, nachdem L. der wiederholten Aufforderung des Beamten zur Ruhe keine Folge leistete. L. leistete bei der Verhaftung energischen Widerstand und vergriff sich auf der Nachtwache an den dort anwesenden Beamten. Seine Bestrafung ist beantragt.

Das Gastspiel des Herrn Ludwig Baranay im hiesigen Stadttheater beginnt am Sonntag, den 6. November, mit „Hamlet“. Dadurch fällt die volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen fort, was uns in doppelter Hinsicht bedauerlich erscheint. Am Sonntag debütierte in der „Jüdin“ die hierorts wohlbekannte Primadonna Frau Stieber-Barn. Am Montag bringt-

das zweite Gastspiel Barnay's den „Dibello“. Einige neue Stücke sind für den weiteren Verlauf desselben in Vorbereitung.

Die Jancovius-Konzerte bei Wolff sind regelmäßig so außerordentlich stark besucht, daß nach 7 1/2 Uhr, dem Anfang des Konzerts, kaum noch ein Platz zu erhalten ist. Diese Erscheinung ist bei Berücksichtigung der Leistungen der Kapelle nicht auffällig, da in der That von Seiten der Kapelle wie ihres Dirigenten die größten Anstrengungen gemacht werden, um dem Publikum für wenig Geld etwas Gutes zu bieten. Das Programm des gestrigen Konzerts war ein vorzügliches. Wir heben nur folgende Nummern hervor: „Egmont-Ouverture“ von Beethoven, „Walthers Preislied“ aus Wagners Meisterliedern von Nürnberg, eine neue originelle Komposition des Herrn Dr. Ad. Lorenz, „Schwermüdigkeit“, die im Geiste der Brahms'schen Läng gehalten ist, Schumann's reizende „Träumereien“, Mozart's „Türkischer Marsch“, „La Paloma“ von Frader und eine von Herrn Konzertmeister Knop mit künstlerischer Vollendung vorgetragene Fantasie für Violine über Melodie aus der Regimentsmarch. Nennen wir noch Reinecke's „Friedensfeier-Ouverture“ und Lambert's zarten „Liebesgesang“, so dürfte der Werth des Konzerts hinreichend gekennzeichnet sein.

#### Bermischtes.

(Ein gefeiertes Leben.) Ein Trompeter, welcher die Schlacht von Mailand schildert, äußert sich über seine eigenen Erlebnisse wie folgt: Da ich Ordonanz-Trompeter des kommandirenden Generals und des dritten letzten Kavallerie kommandirenden Offiziers zugleich war, so hatte ich während des Kampfes viel zu thun. Ich hatte Depefchen hin und zurückzubringen, und wurden, während ich mich hinter den Kanonen befand, mehrere Leute von den Geschossen des Feindes weggepumpt; rechts und links von mir wurde ein Brigadmajor und General-Quartiermeister weggerissen, ohne daß mir was geschehen wäre. Wir waren zehn Personen und nur zwei blieben verschont, der kommandirende Offizier und ich, alle Anderen wurden von den Geschossen weggerissen. Einmal, da ich mich gerade hinter einer Kanone befand, kam mein Bruder, um nach mir zu sehen. Ich frag ihn, was er hier zu suchen habe. „Nichts“, antwortete er, „ich wollte Dich nur sehen.“ Gerade als er diese Worte gesprochen, nahm mir eine Kugel den rechten Schenkel weg, ohne meinen Mund zu verletzen. Die nächste kam gleich nach der ersten und zertrümmerte das Sprunggelenk meines Pferdes, worauf eine vierte Kugel das Bein und die Seite meines Pferdes traf, so daß es einen Monat auf der Krankenliste verbleiben mußte.

(Gastwirth zum neuengagierten Kellner.) „Merken Sie das, Jean, wenn Sie Kaffee auf einem Zimmer serviren, geben Sie wenig Zucker dazu — die Damen auf den Zimmern finden ihn doch nur ein! Wenn Sie aber im Gastzimmer Kaffee serviren, können Sie viel Zucker geben — die Herren lassen ihn doch liegen!“

#### Literarisches.

v. Falke, Kostümggeschichte der Kulturvölker. Verlag von Spemann in Stuttgart. Von diesem Werke, welches in Hockquart erscheint, liegt uns die zweite und dritte Lieferung vor. Dieselben zeigen, mit welcher Sorgfalt der Verfasser auf die einzelnen Zeiten eingeht. Jede Tracht ist durch ein oder mehrere Bilder anschaulich gemacht. Wir zweifeln nicht, daß das Buch sich einen reichen Leserkreis gewinnen wird. [215]

Die Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853, nebst den betreffenden Ergänzungen und Erläuterungen von E. Zander, Verlag von Jean, Cöpenick-Berlin.

Der Verfasser hat mit vielem Fleiß ein Handbuch geschaffen, welches Vielen sehr erwünscht sein dürfte. Man findet darin die seit Erlass der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 erschienenen Ergänzungen, Erläuterungen etc., vom Verfasser aus den Gesammmlungen, den Verwaltungs- und Justizministerial-Blättern, den Entscheidungen des früheren Königl. Ober-Tribunals und Ober-Verwaltungsgerichts sorgsam gesammelt und bei jedem Paragraphen in Form von Anmerkungen notirt, so daß Jeder, der dies Handbuch gebraucht, sogleich übersehen kann, welche Auslegung der betreffende Paragraph bisher erfahren hat.

Wir können dies Handbuch als sehr brauchbar Jedem empfehlen. Dasselbe ist in jeder Buchhandlung für den geringen Preis von 2 Mark zu haben. [219]

Steller, Handbuch für Kapitalisten, ein Sammel- und Nachschlagewerk für Privatleute und Bankiers. Gröndberg, bei W. Leypohn.

Jeder Kapitalist, mag er sich nun für Staatspapiere, für Eisenbahnen, Pfandbriefe, Banken etc., oder für Industrie- und Versicherungs-Gesellschaften interessieren, findet in diesem Werke alles zu seiner Orientirung Nützliche korrekt und vollständig zusammengetragen.

Für die Sorgfalt und die streng sachliche Behandlung der vorliegenden Materie bürgt der Name des Verfassers, der von seiner Thätigkeit als Redakteur der im Verlage von Eduard Hallberger in Stuttgart erscheinenden Finanzzeitung „Der Kapitalist“ her in Bankiers- und Kapitalisten-Kreisen auf das Vortheilhafteste bekannt ist.

Dehufs Erzielung eines größeren Abzuges ist der Preis (7 1/2 M.) des in mehr als 40 Bogen das gesammte Effecten-Wesen der Berliner wie der Frankfurter Börse umfassenden Buches überaus niedrig bemessen worden. [216]

#### Handelsbericht.

London, 30. Oktober. (Wochenbericht über den Londoner Kartoffelmarkt von Emil Stargardt, South Eastern Wharf, Southwark.)

Regnerisches Wetter verminderte in dieser Woche die Zufuhr von schottischen Kartoffeln und zeigte sich in Folge dessen, da auch deutsche Ankünfte nicht allzuerreichlich waren — ca. 71,000 Sad — eine recht feste Stimmung, durch die Preise vereinzelt profitieren konnten; das Geschäft bewegte sich jedoch in so engen Grenzen, daß eine einheitliche Preissteigerung für alle Sorten nicht stattfand und nur den einzelnen Posten zu vorwöchentlichen, andere dagegen zu 5s höheren Preisen bezahlte.

Es zeigt von der geringen Exportfähigkeit Deutschlands, daß in diesem Jahre vom 1. September bis zum 21. Oktober 157,525 Sad deutsche Kartoffeln hier ankamen, während die deutschen Zufuhren in demselben Zeitraum 1879 817,422 Sad betrugen; es ist dies nicht sowohl ein Zeichen eines geringeren Importbedürfnisses Englands, als es mehr die schon früher besprochene Thatfache beweist, daß Deutschland nicht annähernd dasselbe Quantum exportfähiger Kartoffeln geerntet hat, als im Vorjahre; falls die Befürer nur einen kleinen Prozentsatz solcher Waare, die die vorschristsmäßige Qualität hat, herauslesen können, lohnt dies nicht der Mühe umso mehr, als die hohen Spirituspreise eine Verwerthung der unausgelesenen Waare ermöglichen.

Es erzielten: Beste deutsche rote 100 105s, d. mittel rote 80—90s, d. kleine rote 70—80s, d. Schnerfaden 80—90s. Zwiebeln 110—140s. Alles per Ton incl. Sad ab Wharf.

#### Telegraphische Depeschen.

Genf, 2. November. Das Journal „Le public“ veröffentlicht ein längeres aus Rom kommendes und vom Papst unterzeichnetes Dokument, welches dem ehemaligen Bischof von Tournai, Dumont, jede kirchliche und weltliche Jurisdiktion in der Diözese Tournai entzogen wird.

Brüssel, 2. November. Eine päpstliche Bulle setzt den durch seine Polemik gegen den Vatikan bekannten Bischof Dumont von Tournai definitiv ab und untersagt ihm, noch ferner den Bischofstitel zu tragen.

Paris, 2. November. Die Ausführung des Dekrets vom 29. März wird morgen in einleuchtend Dementis wieder aufgenommen werden.

Das Journal Feig Pyat's „La Commune“ wird wegen eines die Armee beleidigenden Artikels gerichtlich verfolgt werden.

Das an den Erzbischof Guibert gerichtete Schreiben des Papstes beglückwünscht die Bischöfe zur Vertheidigung der religiösen Diden, deren Befolgung schwere Uebelstände voraussetzen lasse. Papst bedauert, daß die Regierungen nicht die Erklärung der Kongregationen acceptirt hätten, deren Auerbieten überall die Institutionen und die Rechte der Kirche hätten retten sollen. Schließlich wird die Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es durch die Zusammenwirken der Bischöfe und unter dem Befehl Gottes gelingen werde, die Einheit zwischen der christlichen Bevölkerung, den Bischöfen und dem Haupte der Kirche aufrecht zu erhalten.

London, 2. November. Der diesseitige Botschafter in St. Petersburg, Lord Dufferin, hat heute früh zu dem Premier Gladstone nach Hannover begeben.

Wie der „Evening Standard“ gerüchweise erzählt, wäre Dillon, welcher ebenfalls auf die Liste der Agitatoren gesetzt war, die wegen Verschönerung in Anklagezustand versetzt werden sollen, heute früh in Eimer verhaftet worden.

Petersburg, 2. November. An der heutigen Börse wurden anlässlich befristender Nachrichten über den bevorstehenden Rücktritt des Finanzministers Greig aus seiner jetzigen Stellung und die Ernennung des Wirklichen Geheimen Rathes v. Wroble zum Finanzminister noch Gerüchte über weitere Änderungen in Ministerposten in Cours gesetzt. Wroble, der Minister des Innern, Boris Witte, werde an Stelle des Grafen Baluff die Präsidentschaft des Ministerkomites übernehmen, Greig ist zu konstatiren, daß an unterrichteten Stellen nicht derartiges verlautet.

Petersburg, 2. November. Vor dem hiesigen Militär-Kriegsgericht ist auf nächsten Sonnabend ein politischer Prozeß anberaumt, die meisten der Angeklagten gehören dem revolutionären Exekutiv-Komitee an.

New-York, 2. November. Es scheint, daß die Betheiligung bei der heutigen Wahl der Delegirten für die Präsidentenwahl eine außerordentlich große sein wird. Viele glauben, daß die Demokraten in den Südstaaten siegen werden, während die Republikaner auf den Sieg in allen nördlichen Staaten der Union zu rechnen hätten. Andererseits meinen, daß das Resultat der Präsidentenwahl in den Staaten New-York, New-Jersey, Connecticut, Maine und in Californien zweifelhaft sei. Präsident Hayes ist in Fremont (Ohio) eingetroffen, und hat daselbst eine Deputation von Republikanern empfangen, wobei er eine Rede hielt, in welcher er seine Zuversicht auf den Erfolg der Republikaner ausdrückte. Er sei aus Californien gekommen, um für Garfield zu stimmen, dessen Anhänger die nationale Einheit, die Suprematie der gemeinsamen Regierung, den Wohlstand des Landes, den Schatz der amerikanischen Industrie und eine solide Finanzpolitik ausreicht erhalten wollten. Der Sieg dieser Grundsätze würde für die demokratische Partei ebenso vorthellhaft sein, wie für die republikanische. Hancock hat in einer Rede geäußert, von allen Seiten seien günstige Berichte für den Stand der demokratischen Sache eingelaufen.